

# Zücht die Stifte gegen Gebühren

Der Widerstand gegen den Umzug der Uni auf den kleinen Grasbrook war erfolgreich – nun wird der Erfolg für die Abschaffung der Studiengebühren organisiert.

Seit 1948 ist Bildung Teil der Menschenrechte: Jedermanns Recht, muß sie „auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit“ gerichtet sein, jeder und jedem muß sie ermöglichen, „eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen“ und sie ist der Wahrung der Menschenrechte, des Friedens und der Völkerverständigung verpflichtet. Auf dieser Grundlage sind die Gebührenfreiheit des Studiums, die soziale Offenheit sämtlicher Bildungseinrichtungen und die Verbesserung der sozialen Lage der sich Bildenden als verbindliche Entwicklungsziele im UN-Sozialpakt 1966 festgeschrieben worden.

Studiengebühren stehen diesem Bildungsanspruch entgegen, weil sie die soziale Auslese verschärfen, indem sie Studierende zusätzlich mit Kosten belasten,

anstatt für die Finanzierung der Bildung die wirklich Reichen heranzuziehen. Als ordnungspolitisches Mittel dienen sie der Disziplinierung der Studierenden zur Verdrängung allgemeinbildender Anteile des Studiums und zur Verhinderung gesellschaftlich verantwortungsvoller Wissenschaften. Indem Studiengebühren kritisches Engagement für soziale und kulturelle Verbesserungen mit finanziellem Druck bestrafen, wirken sie ent-solidarisierend und entdemokratisierend.

Gerade die aktuelle Krise der Gesellschaft macht die Notwendigkeit emanzipatorischer Bildung und Wissenschaft deutlich: Sie müssen auf Persönlichkeitsentfaltung durch gemeinsame kritische Erkenntnis für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller gerichtet sein. Die

se Allgemeinwohlorientierung erfordert eine bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung.

Nachdem in den 70er Jahren Studiengebühren bereits bundesweit weggekämpft wurden, hat der CDU-FDP-Schill-Senat sie 2004 in Hamburg erneut eingeführt, zuerst als Strafgebühren gegen längere Zeit Studierende (500 Euro je Semester). Die alleinregierende CDU schuf 2005 zusätzlich die sogenannten Verwaltungsgebühren (50 Euro je Semester von allen Studierenden) und dehnte 2007 die Studiengebühren auf alle Studierenden aus (auch 500 Euro). Aufgrund der Gegnerschaft zur Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft und der Auffassung, dass Bildung, Kunst und Kultur nur in Kritik an dem Verwertungsprinzip sinnvoll gedeihen können, beteiligten sich über 13.000 Studierende aller Hamburger Hochschulen im Sommersemester 2007 am solidarischen Gebührenboykott, führten die HfbK-Studierenden den mutigen Boykott zum Ende und wurde der stete Kampf an der Universität Hamburg auch im Wintersemester gegen alle Repression fortgeführt. Die Aufklärungswirkung dieser Aktivitäten hat eine Bevölkerungsmehrheit von der Notwendigkeit der Gebührenfreiheit überzeugt. Die allgemeinen Studiengebühren waren damit spätestens mit der

## Hamburg braucht eine MONTESSORI-PRIMA(R)SCHULE!

Hamburg steht vor der größten Veränderung seiner Schullandschaft der letzten Jahrzehnte. In diesem Rahmen gewinnt die Montessori-Pädagogik an Aktualität, weil sie den Zielen der Schulreform wie kaum eine andere Methode gerecht wird.

Wir möchten auf eine interessante Veranstaltung hinweisen, die sich mit dem Anliegen auseinandersetzt, eine staatliche Montessori-Primarschule einzurichten:

Am **22. September** findet **um 20.00 Uhr** in der **Christuskirche** (Bei der Christuskirche 2 in Eimsbüttel) ein Informations- und Diskussionsabend statt.

Arbeitsgruppe „Hamburg braucht eine Montessori-Primarschule“  
Kontakt: Astrid Goebel, aajsg@arcor.de

letzten Bürgerschaftswahl hin-fällig. Die gesellschaftliche Mehrheit spiegelte sich auch in einer eindeutigen parlamen-tarischen Mehrheit für die Ge-bührenfreiheit. Doch während in Hessen die Studiengebühren mit einer rot-rot-grünen Parlaments-mehrheit abgeschafft wurden, retteten die Grünen in Hamburg der CDU den Allerwertesten.

Was dabei als sogenannte nachgelagerte Studiengebühren (375 Euro je Semester) 2008 herauskam, war alles andere als die erforderliche Abschaffung der Studiengebühren. Ein Drittel

---

---

### *Studiengebühren – gutes Geschäft für Banken*

---

---

der Studierenden (ausländische, ältere und längere Zeit Studie-rende) muß sofort zahlen und bisher Befreite (chronisch Kran-ke, ausländische Studierende und Eltern) werden nun mit zur Kasse gebeten. Die Angst vor Verschuldung kommt hinzu, so dass real ein weiteres Drittel der Studierenden sich die Gebühren nicht stunden läßt, sondern sie sofort zahlt. Zudem kostet die zinslose Stundung und die Ver-waltung in diesem Gebührenmo-dell die Stadt etwa soviel, wie durch die Studiengebühren ein-genommen wird und macht die Studiengebühren zu einem prima Geschäft für die Banken. Ent-scheidend ist: auch die nachge-lagerten Studiengebühren dienen dem zentralen Zweck des Be-zahlstudiums, nämlich der Len-kung der Studierenden. Durch ihre Käuflichkeit wird Bildung zur Ware deklariert. Studierende sollen ihren käuflichen Erwerb als „Investition“ in die individu-elle Karriere begreifen. Unter der ideologischen Prämisse und dem sozialen Druck der Studienge-bühren sollen die Studierenden darauf festgelegt sein, in kürzes-ter Zeit nur das zu lernen, womit sie sich „just in time“ am besten

auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können. Die Studierenden sollen also sich selbst als Ware begrei-fen und handhaben.

Pure Anmaßung war daher die legitimatorische Behauptung di-verser GAL- und CDU-Politiker, mit der Einführung der nachge-lagerten 375 Euro seien die Stu-diengebühren von den Studie-renden endlich akzeptiert. Dies wurde im Mai diesen Jahres mit der studentischen Urabstimmung an der Universität Hamburg Lü-gen gestraft, bei der 97% mit „JA zur Gebührenfreiheit“ votierten. In Folge dessen wandte sich das höchste, demokratisch gewähl-te, gesamtuniversitäre Gremium der Uni, der Akademische Senat, nunmehr wieder einstimmig mit der Forderung nach der Abschaf-fung der Studiengebühren an die Behörde für Wissenschaft und Forschung.

Zur Fortsetzung dieses Kampfes initiiert die Fach-schaftsrätekonferenz der Univer-sität Hamburg zum kommenden Wintersemester eine stadtweite Unterschriftensammlung im Zeitraum vom 28.09.2009 bis zum 29.01.2010. Deren Ziel ist die vollständige Abschaffung der Studiengebühren in Ham-burg noch vor der Rückmeldung zum Sommersemester 2010. Die Unterschriftensammlung soll dabei die Möglichkeit schaffen, kritische Auffassungen der Be-völkerung zu schärfen und ihnen politisch Nachdruck zu verleihen.

Ermutigend für das Gelingen der Kampagne für die Gebüh-renfreiheit ist die Unterschrif-tenaktion „Uni bleibt!“, an der sich zahlreiche kleine Geschäfte im Universitätsviertel beteiligt haben und die zu einer Verständigung der Bevölkerung und der Universitätsmitglieder über die positive Entwicklung der Universität erheblich beigetra-gen hat. So wird die geplante Univerlagerung auf den kleinen Grasbrook mit kasernenartigem Neubau der Senatorin Gun-

delach auf die Füße fallen, weil die Ansprüche an die Universität als Ort lebenslangen Lernens und streitbarer sozialer, kulturel-ler und politischer Auseinander-setzung wiederentdeckt wurden und die pflegliche Sanierung und Erweiterung im Stadtteil befür-wortet wird.

Die Verständigung über den Verbleib der Universität in Eims-büttel und die Urabstimmung haben maßgeblich die Solidarität gefördert. Nicht zuletzt deshalb mußte die Gebührenbefürworter-in Auweter-Kurtz das Amt der Uni-Präsidentin räumen.

Der mit der Kampagne für Gebührenfreiheit angestrebte Durchbruch für die soziale Of-fenheit der Hochschulen, den kritischen Gesellschaftsbezug der Wissenschaften und de-mokratisches Engagement der Bildungssubjekte soll einen Mentalitätswechsel von der Standortpolitik und einem trist profitdominierten Alltag hin zur realen Verbesserung der Lebens-bedingungen, zur gesellschaft-lichen Verallgemeinerung oppo-

---

---

### *Studiengebühren vollständig abschaffen – dafür unterschreiben vom 28.9.09-29.1.10*

---

---

sitioneller Aufklärung und einer solidarischen Lebensweise füh-ren. Angesichts der weitverbrei-teten Kritik und Unzufriedenheit über die Profiteure der Krise geht es dabei vor allem um die Entwicklung gesellschaftlicher Konfliktfähigkeit. Die Kam-pagne kann dabei Orientierung geben und die Möglichkeit zur Kritik schaffen und diese drän-gender machen.

Insofern hoffen wir auf eine rege Beteiligung.

Unterschriftenlisten und ak-tuelle Infos gibt es unter [www.gebuehrenfreiheit.de](http://www.gebuehrenfreiheit.de).

JOCHEN RASCH  
Student